

## „Gelingt es den Unis nicht, sich zu wehren, müssen sie mit massivem Bedeutungsverlust rechnen“

Von Mladen Gladić

Stand: 23:21 Uhr | Lesedauer: 15 Minuten



Rudolf Stichweh, Soziologe

Quelle: Andreas Endermann/NRW Akademie der Wissenschaften/via Prof. Dr. Rudolf Stichweh/ANDREAS ENDERMANN

Nehmen Ausländer Amerikanern Plätze an US-Unis weg? Was ist vom Vorschlag Wolfram Weimers für ein Exil-Harvard in Deutschland zu halten? Der Systemtheoretiker Rudolf Stichweh hat Antworten – und weiß, welche Weltregion von Trumps Krieg gegen die Wissenschaft profitieren könnte.

Die jüngste Eskalation im Streit zwischen der US-Regierung und der Harvard University besteht im Versuch, der Hochschule die Immatrikulation ausländischer Studenten (<https://www.welt.de/politik/ausland/article256183486/eskalation-us-aussenministerium-will-chinesischen-studenten-visa-entziehen.html>) zu untersagen. Welche Strategien hat Harvard, und mit ihm Spitzenuniversitäten wie Princeton, Yale und Columbia, um den Bedeutungsverlust, der droht, noch abzuwenden?

Fragen an den Wissenschaftssoziologen Rudolf Stichweh (<https://www.welt.de/kultur/plus220406010/Hochschul-Experte-Konservative-Positionen-sind-kaum-vertreten.html>), der seit 2012 Dahrendorf Professor an der Universität Bonn ist, wo er auch als Direktor des ‚Forum für Internationale Wissenschaft‘ wirkt. Stichweh, der über die Physik als wissenschaftliche Disziplin promoviert und sich mit einer Arbeit über die frühneuzeitliche Universität habilitiert hat, war Nachfolger Niklas Luhmanns an der Universität Bielefeld.

Der 1951 in Lemgo geborene Soziologe zeigt sich im WELT-Gespräch besorgt über die Entwicklungen in den USA. Seine auf die Weltwissenschaft als System fokussierten Analysen ermöglichen ihm jedoch einen Blick auf die jüngsten Geschehnisse, der historische Vergleichsfälle genauso einbezieht wie Prognosen, die über das amerikanische Universitätssystem hinausgehen.

**WELT:** Herr Stichweh, die US-Regierung setzt nicht nur Spitzenuniversitäten unter Druck, sondern auch Anwaltskanzleien oder den Fernsehsender CBS. Was verbindet diese Fälle?

**Rudolf Stichweh:** Es geht um Maßnahmen, die darauf zielen, in einer Situation, in der es eine Pluralität von Meinungen gibt, sich nicht mehr mittels Diskussion und besseren Argumenten durchzusetzen, sondern den anderen Tätigkeits- und Äußerungschancen zu nehmen. Darin liegt die sektorenübergreifende Gemeinsamkeit dieser Interventionen.

**WELT:** Überrascht es, dass Hochschulen dabei so stark im Fokus stehen?

**Stichweh:** Man hat immer gewusst, dass Donald Trump nicht wissenschaftsfreundlich ist, sondern wissenschaftsfeindlich. Die Kreise, in denen er sich bewegt, sind nicht bestimmt durch eine Überzeugung von der Bedeutsamkeit wissenschaftlichen Wissens. Aber die Intensität und Radikalität dieses Eingreifens in die Autonomie und die Freiheit der Wissenschaft, Wochen nach Beginn der Trump-Regierung, und in diesem Umfang, hat alle überrascht.

**WELT:** Die US-Regierung versucht nun, die Immatrikulation ausländischer Studenten in Harvard zu unterbinden. Sie haben gerade einen Aufsatz zu Migration und Kommunikation im globalen Wissenschaftssystem veröffentlicht. Liest man ihn, dann merkt man, dass mit einer solchen Maßnahme nicht nur ein Ort wie Harvard, wo jeder vierte Student kein Amerikaner ist, in seinen Grundfesten erschüttert wird, sondern auch die Idee der Universität selbst berührt ist.

**Stichweh:** Universitäten entstehen seit dem 12./13. Jahrhundert in Europa. Es gab davor Zentren der Wissenschaft. Die griechische Staatenwelt war vielleicht ein paar Jahrhunderte vor Beginn unserer Zeitrechnung bis in den Hellenismus hinein ein solches Zentrum, aber das waren wenige Poleis, ein relativ begrenzter Raum. Später gab es die arabische Wissenschaft und andere historische Zentren, aber in dem Augenblick, in dem Universitäten entstehen und ein Prozess, der seither als ein relativ ungebrochener Prozess fort dauert, in Gang kommt, entsteht zugleich ein europaweites Migrationssystem. Die Lehrer wandern, die Studierenden wandern, manchmal wandern die einen unabhängig von den anderen, manchmal wandern sie auch zusammen, ein Lehrer zieht einen großen Kreis von Studierenden mit sich.

Das ist von vornherein ein europaweites System, im Grunde einschränkungslos vor der Reformation, einschränkungsloser als nach der Reformation, weil danach der Raum zum ersten Mal durch eine große ideologische Differenz gespalten war. Es wurde dann irgendwann ein transatlantisches Migrationssystem, in dem Augenblick, in dem auch die britischen nordamerikanischen Kolonien ein Teil davon wurden. Das sind sie seit der Gründung von Harvard 1636. Es gab immer Migration zwischen den frühen amerikanischen Universitäten, also vor allem Harvard, Yale, Princeton, und Cambridge und Oxford. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben wir ein weltweites Migrationssystem, wir haben ungefähr 30.000 Universitäten in der Welt, das im Prinzip alle einbezieht und das sich in unseren Tagen vertieft, weil die Partizipation an Wissenschaft an immer mehr noch so entlegenen Orten an Bedeutsamkeit gewinnt. Und dann gibt es hier und da Orte, die klinken sich aus.

**WELT:** Welche Orte sind das?

**Stichweh:** Deutschland nach 1933 zum Beispiel. Um ein aktuelles Beispiel zu nennen: Argentinien in unseren Tagen, auch ein populistisches Regime, den USA unter Trump nicht unverwandt, wo die Wissenschaftsförderung durch Xavier Milei innerhalb kürzester Zeit weitgehend eliminiert worden ist. Trump spielt ein, zwei Jahre später in Ansätzen dasselbe Spiel.

**WELT:** Allerdings begründet er das vor allem damit, die betreffenden Hochschulen hätten zu wenig gegen Antisemitismus auf dem Campus seit dem 7. Oktober 2023 getan.

**Stichweh:** Es gibt hier und da gerechtfertigte Einwände, es gibt Probleme, über die man tatsächlich diskutieren und reden kann. Aber im Prinzip ist es ein Vorgehen gegen Wissenschaft selbst, gegen die Validität und Bedeutsamkeit wissenschaftlichen Wissens und gegen die Hochschulen, an denen dieses Wissen vermittelt wird und gesellschaftliche Eliten herausgebildet werden, die nicht die Eliten sind, die Trump unterstützen.

**WELT:** Wie weit trägt die Analogie mit Deutschland von 1933 bis 1945?

**Stichweh:** Das muss man sich sehr genau ansehen. Es hat in Deutschland in Nischen und in bestimmten Fächern vieles fortgedauert. Viele Verbindungen zur Weltwissenschaft blieben erhalten auch nach 1933. Auch die großen amerikanischen Wissenschaftsstiftungen, Rockefeller und andere, haben noch in den 1930er-Jahren ihre Förderung deutscher Wissenschaft intensiviert, in der Hoffnung, etwas ausrichten zu können. Es war kein Vollausscheiden. Aber es war am Ende über diese 12 Jahre hinweg ein vollständiger Bedeutsamkeitsverlust der deutschen Wissenschaft. Es gibt momentan keinen Grund, anzunehmen, dass sich in den USA etwas in dieser Vollständigkeit der Zerstörung wiederholen wird, aber die gegenwärtige Bedrohung ist schon sehr groß.

**WELT:** Kulturstaatsminister Wolfram Weimer sprach vor Kurzem von einem mögliche „Exil Harvard“ in Deutschland. Wie beurteilen Sie, auch im Licht dessen, was Sie zur Analogie mit 1933 gesagt haben, diese Wortwahl?

**Stichweh:** Es sind keine Konzentrationslager errichtet worden. Es sind keine Wissenschaftler wegen ihrer ethnischen oder rassischen Zugehörigkeit des Landes verwiesen worden oder haben das Land fliehen müssen. In dem Sinne sind die Vorgänge nicht direkt miteinander vergleichbar. Insofern würde man vielleicht nicht von „Exil“ sprechen. Aber gerade im Licht der Diagnose eines weltweiten Migrationssystems für Hochschullehrer und Wissenschaftler liegt es nahe, etwas anderes zu sagen.

**WELT:** Das wäre?

**Stichweh:** Da dies ein relativ ausgebautes und relativ funktionsfähiges, großes, in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mehr gewachsenes System ist, steht es natürlich amerikanischen Wissenschaftlern frei, woandershin zu gehen, wenn sie in den USA das Gefühl haben, ihre Arbeit nicht mehr tun zu können. Das hat bereits begonnen. Und wenn diese Art von Infragestellung, Bedrohung, Einschränkung, Mittelentzug fort dauert, wird die Abwanderung an Dynamik gewinnen, und es würde, wenn es über Jahre fort dauern würde, natürlich zu einem Umbau der Strukturen der Weltwissenschaft führen.

**WELT:** Wie sähe ein solcher Umbau aus?

**Stichweh:** Das Zentrum würde sich verlagern, aber das würde nicht die Weltwissenschaft gefährden. Die USA sind auch nur noch zu einem Teil dieses Zentrum. Die Weltwissenschaft hat auch das Deutschland von 1933 – 1945 überlebt, auch mithilfe deutscher Immigranten, obwohl Deutschland damals in vielen Hinsichten der bestimmende Ort gewesen war, vielleicht mehr als das heute die USA sind. Offen ist, ob die Entwicklung zu einem neuen Zentrum oder nicht eher zu einer vielfältigeren Verteilung über die gesamte Welt führen würde, mit partiellen Zentren. Auch China wäre ein Zentrum, das aber ein Problem hat, weil es auch kein freies Land ist und deswegen wahrscheinlich nie die Rolle übernehmen könnte, die die USA einmal gespielt haben.

Aber es gibt ja noch Europa, und es gibt vor allem Wissenschaft auf allen Kontinenten. Auf allen Kontinenten gewinnt die Wissenschaft an Bedeutung. Lateinamerika ist ebenfalls ein wichtiger Produzent von Wissenschaft, in unseren Tagen besonders Brasilien. Auch wenn da irgendwo ein Populist wie in Argentinien Milei versucht, die Wissenschaft nahezu abzuschaffen. Im Grunde müssen wir gar nicht so sehr von Exil sprechen. Wir haben es mit einer funktionsfähigen Netzwerkstruktur der Weltwissenschaft zu tun, in der im Prinzip jeder mit jedem verbunden sein kann, wir haben es mit einem funktionsfähigen globalen Migrationssystem zu tun. In dem können sich natürlich auch, wenn sie denn darauf angewiesen sind, amerikanische Wissenschaftler bewegen. Und das wird passieren, wenn das so weiterläuft und hat längst angefangen.

**WELT:** Der SAP-Mitbegründer Hasso Plattner plant in Potsdam einen neuen Campus. Und brüstet sich bereits damit, die erste Harvard-Professorin für Artificial Intelligence abgeworben zu haben. Wird Deutschland von Trumps Angriff auf US-Spitzenunis profitieren?

**Sichweh:** Ich würde nicht zuerst an Deutschland denken, sondern würde von Europa reden. Als jemand, der oft Gutachten für vielfältige Institutionen schreibt, sehe ich täglich, wie selbstverständlich sich heute junge Wissenschaftlerinnen zwischen relevanten Orten in Europa hin und herbewegen. Wir haben allein in Europa heute mindestens 25 bis 30 Länder mit einer deutlich größeren Gesamtbevölkerung als die USA, die ernsthaft Wissenschaft auf einem gewissen Niveau besitzen, und zwischen diesen Ländern vollziehen sich die Bewegungen der jungen Leute, wie dieser gesamteuropäische Raum selbstverständlich auch Amerikanern zur Verfügung stände. Und Europa ist ja nur einer der größeren Räume, die infrage kommen.

**WELT:** Welche kommen noch infrage?

**Stichweh:** Die ersten Adressen sind natürlich Kanada, Australien und vielleicht am stärksten Großbritannien. Großbritannien hat in vielfältigen Hinsichten durch den Brexit verloren und könnte jetzt das Land sein, bei dem es am ehesten nahe liegt, dass Amerikaner und Amerikanerinnen dahin gehen. Es ist dieselbe Sprache, es sind Universitätssysteme, die sehr ähnlich sind. Es sind bisher ja gar nicht so viele Europäer in die USA gewechselt. Europäer wandern in Europa. Aber Großbritannien und die USA waren immer extrem vernetzt. Auch in der McCarthy-Ära sind viele Amerikaner zeitweise nach Cambridge und Oxford geflohen.

**WELT:** Wissenschaftler migrieren, Studenten migrieren. Und moderne Kommunikationsmedien machen es gang und gäbe, dass wissenschaftliche Kooperation kaum noch an Orte gebunden ist, auch das machen Sie in Ihrem schon erwähnten Aufsatz deutlich. Dass ganze Institutionen migrieren, um auf Herrn Weimers Idee zurückzukommen, ist nicht so gängig. Natürlich haben US-Universitäten Dependancen, das Bard College etwa einen Berliner Campus. Und dann gab es in den letzten Jahren den aufsehenerregenden Fall der Central European University, die Viktor Orbáns Ungarn fast vollständig den Rücken gekehrt und in Wien sozusagen ihren neuen Hauptwohnsitz gefunden hat.

**Stichweh:** Das ist, glaube ich, der signifikanteste Fall in den letzten Jahren, eine fast vollständige Wanderung einer Universität. Es spielt sicher eine Rolle, dass ein sehr reicher Milliardär dahintersteht. Natürlich liegt es nahe, dass amerikanische Universitäten Dependancen ausbauen, wo sie dann beispielsweise die chinesischen Doktoranden ausbilden, die nicht mehr ins Land dürfen. Aber es kann auch sein, dass es dafür fast schon zu spät ist.

**WELT:** Warum?

**Stichweh:** Wenn eine Institution wie Harvard bereits bei der ersten externen Intervention mit deutlich mehr als 2 Milliarden ausfallenden Forschungsmitteln zu tun hat, dann ist auch das erstaunliche ‚endowment‘ Harvards von 53 Milliarden \$ gar nicht mehr so groß. Ich glaube, dass diese Auswanderungsperspektive für Universitäten eine gewisse Rolle spielen wird, wenn die Bedrängung weitergeht in den USA. Aber ich glaube nicht, dass es die große Lösung sein wird. Im Prinzip müssen die amerikanischen Universitäten, wenn es ihnen nicht gelingt, sich erfolgreich zu wehren, und sie haben ja schon noch Strategien dafür, einfach mit massivem Bedeutungsverlust rechnen. Im Times-Higher-Education-Ranking sind unter den ersten 25 Universitäten der Welt heute noch 16 amerikanische Universitäten vertreten. Das würde sich relativ schnell ändern. Und ein Vordringen anderer Weltregionen hat sich ja schon in den letzten zwei Jahrzehnten angedeutet.

**WELT:** Welche anderen Strategien sind neben der Anrufung von Gerichten denkbar?

**Stichweh:** Recht ist unglaublich wichtig. Die betroffenen Universitäten müssen aber auch darauf setzen, dass sie tatsächlich die amerikanischen Eliten ausgebildet haben. Diese zu mobilisieren müsste eigentlich realistisch sein, weil in den USA mittlerweile über 50 Prozent der Arbeitskräfte eine abgeschlossene Hochschulausbildung aufweisen. Das wäre eigentlich die Klientel, die irgendwann aufstehen muss und sagen sollte: Jetzt ist Schluss.

**WELT:** Ein Argument der Harvard-Gegner, Donald Trump hat es selbst gebraucht, ist, dass die vielen ausländischen Studenten an den Top-Unis Amerikanern die Studienplätze wegnähmen. Was ist davon zu halten?

**Stichweh:** Das Argument ist nicht völlig verkehrt. Aber es sind nicht primär die Ausländer, sondern es ist die extreme Schichtung des amerikanischen Universitätssystems, die in gewisser Hinsicht das Problem ist. Die wirklichen Spitzeninstitutionen, an denen auch viele Karrieren hängen, bilden ja nur einen winzigen Teil der Amerikaner aus. Deutschland hat im Vergleich dazu einerseits eine Schwäche, weil hier und da überragende Institutionen fehlen. Deutschland hat aber auch eine Stärke, und das gilt auch für andere europäische Länder, weil alle deutschen Universitäten vertretbar gut sind. Dieser Einwand von Trump kann eigentlich nicht primär auf die 25 Prozent Ausländer zielen. Denn gerade deshalb, weil alle Elitepositionen an der Ausbildung an diesen wenigen Universitäten hängen, sind die Ausschlusseffekte so stark.

**WELT:** Bleibt nicht dennoch das Argument gültig, dass private Universitäten, die so viel staatliches Geld beziehen wie Harvard, Princeton oder Yale, sei es durch Steuererleichterungen, Fördermittel oder seien das Einkünfte aus Verträgen mit staatlichen Stellen, dafür sorgen müssten, dass dieses Geld möglichst vielen Amerikanern zugutekommt?

**Stichweh:** Die Trumpsche Maßnahme macht eigentlich genau das unmöglich, was diese Unis längst leisten. Ungefähr die Hälfte der Studierenden in Harvard, Yale, Princeton studieren ja mit Vollstipendien. Das sind überwiegend Amerikaner. Die Unis finanzieren diese Vollstipendien teilweise, indem sie Ausländer aufnehmen, die vollständig zahlen. Wenn man ihnen ihre ausländischen Studierenden wegnimmt, ist das nicht nur ein enormer Verlust kultureller Diversität, es entfällt auch die Finanzgrundlage, um Amerikanern ein Studium an diesen Spitzenuniversitäten zu ermöglichen. Man müsste eher diese Universitäten und die Zahl ihrer Ausländer ausbauen.

**WELT:** Welche Rolle spielt es für den Konflikt mit der Regierung, dass es sich bei Harvard, Princeton oder Columbia um private Institutionen handelt?

**Stichweh:** Die öffentlichen Universitäten waren immer im Nachteil, jetzt könnten sie in gewisser Hinsicht einen Vorteil gegenüber den privaten haben, weil sie ja nicht dem Bundesstaat zugehören – die Gründung einer Bundesuniversität hat in den USA nie stattgefunden –, sondern den Einzelstaaten. Kalifornien zum Beispiel ist der Staat mit dem stärksten staatlichen Hochschulsystem, der einzige Einzelstaat, der eine große Zahl von öffentlichen Universitäten mit an die Weltspitze geschoben hat. Eine gesamtstaatliche Förderung kann Trump natürlich auch den öffentlichen kalifornischen Universitäten entziehen, aber hinter ihnen steht ein Einzelstaat, der selbst eine der größten Volkswirtschaften der Erde aufweist.

**WELT:** Wie schon erwähnt, lautet einer der Vorwürfe an Harvard, auch an Princeton und vor allem an die Columbia University, seit dem Hamas-Massaker vom Oktober 2023 nicht genug für den Schutz jüdischer Universitätsangehöriger getan zu haben. Was muss eine Universität auch während politisch turbulenter Zeiten leisten?

**Stichweh:** Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit müssen uneingeschränkt gelten.

Selbstverständlich gilt auch am Campus politische Meinungsfreiheit, obwohl ein Campus, auch für Deutschland trifft das zu, nicht der Ort sein wird, an dem die politische Debatte am entschiedensten ausgetragen wird. Die Universität ist dann doch zuerst der Ort der Wissenschaftsfreiheit. Und gleichzeitig muss die Universität verlangen, dass die Formen, in denen der Streit ausgetragen wird, Formen sind, die in eine akademische Institution gehören. Und da haben sicher auch amerikanische Universitäten, wie punktuell auch deutsche, in den letzten ein, zwei Jahren Fehler gemacht, indem sie Besetzungen, Zerstörungen, Bedrohungen, Bedrängungen zugelassen haben, die sie eigentlich entschiedener hätten unterbinden müssen. Die Freiheit ist nicht einzuschränken, aber die Formen des Austrags von Streit müssen solche sein, die niemandes Freiheit einschränken, die niemanden einschüchtern und niemandem Angst machen. Dafür muss eine Universität sorgen.

**WELT:** Gerade an den Topuniversitäten der USA hat man lange versucht, über Inklusionsprogramme weniger repräsentierte Minderheiten zu fördern. Die sogenannten DIE-Programme sind ein weiterer Kritikpunkt der Trump-Regierung, manch einer meint gar, der eigentliche, weil ihre Gegner sagen, sie würden Identität über Leistung und Talent stellen.

**Stichweh:** Es ist immer eine ganz schwierige Balance: Man muss solche Dinge machen, man muss sagen, für alle Gruppen, Populationen, Ethnien, soziale Hintergründe, mit denen man normalerweise keine Chance hat, muss man diese Chancen verbessern. Aber gleichzeitig darf man diese Verbesserung von Chancen nicht so betreiben, dass Leute, die ein großes Talent haben, auf einmal von Spitzenuniversitäten ausgeschlossen werden.

**WELT:** Es gibt schließlich, allgemeiner, den Vorwurf einer Politisierung der Wissenschaft an Universitäten wie Harvard, die sich bis in die Lehrveranstaltungen erstreckt. Allerdings sprach Steven Pinker, selbst Harvard-Professor und sicher kein Freund von etwa Gender- oder Postcolonial Studies, von einer Zahl zwischen drei und sechs Prozent, wenn es um sogenannte woke Lehrinhalte an seiner Universität gehe.

**Stichweh:** Die USA haben ein Universitätssystem, die Zählungen sind verschieden, mit 4.000 bis 5.000 Institutionen. Es sind, glaube ich, nicht primär die Spitzeninstitutionen, aber es gibt natürlich in einem solchen Universitätssystem immer Nischen, in denen Ideologien sich durchsetzen. Ich vermute, es sind teilweise eher kleinere Liberal Arts Colleges, wo am radikalsten Gender- oder postkoloniale Ideologien vertreten werden. Dagegen kann man Einwände erheben, auch weil es Studiengänge sind, in denen Studierende, die nicht ideologisch geprägt, sondern lernorientiert sind, sich nicht wohlfühlen können.

Aber das ist nicht das große Problem des amerikanischen Universitätssystems. Da wird etwas, was als Einwand im Einzelfall durchaus berechtigt sein kann, missbraucht, um große Institutionen zu diskreditieren, die in vieler Hinsicht immer noch die besten Universitäten der Welt sind. Das gilt nicht durchgängig und es gibt heute überall erstklassige akademische und universitäre Institutionen. Aber dennoch gibt es ein Leistungsniveau an amerikanischen Universitäten, das andere Länder erst einmal nachmachen müssen. Das kann man nicht diskreditieren, indem man auf ideologische Nischen im System hinweist.

**WELT:** Das System selbst kann ideologische Nischen also verkraften. Was raten sie aber den eher lernorientierten Studenten, wenn sie sich in einer solchen Nische wiederfinden?

**Stichweh:** Ich persönlich habe mein Studium an der FU begonnen, im April 1972. Das war eine ziemlich maoistische, verrückte Institution, und ich bin auch sehr schnell gegangen. Man konnte dort damals nicht vernünftig studieren, jedenfalls nicht Sozialwissenschaft. Aber es gab gleichzeitig Orte wie Konstanz und Bielefeld in Deutschland, die waren kosmopolitisch und überragend in den Geistes- und Sozialwissenschaften. Es gibt immer politische Bewegungen, es gibt Studentenbewegungen, Studenten sind jung, Studenten sind sehr radikal, natürlich gibt es solche radikalisierten Nischen. Aber, solange es in einem solchen System Bewegungsmöglichkeiten gibt, können sie genutzt werden. Ich fand damals die FU ein bisschen lächerlich. Und bin dann einfach woanders hin gegangen.

*Transparenzhinweis: Dieses Interview wurde am 13. Juni 2025 revidiert und aktualisiert.*

---

## WEITERE THEMEN

[Geschichte des 20. Jahrhunderts](#)[Javier Milei](#)[Antisemitismus](#)[Elite-Universitäten](#)[Harvard Universität](#)[Nationalsozialismus](#)

© PREMIUM-GRUPPE GmbH 2025

Ein **Axel Springer** Unternehmen

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen <https://epaper.welt.de>